

FRAGE DER WOCHE

Sollen die Hilfsgelder für Palästina eingefroren werden?

JA Die Zäsur der letzten Woche macht es nötig, das Engagement der österreichischen Entwicklungshilfe ergebnisoffen zu prüfen.

Der Terror der Hamas hat letztes Wochenende sein grausamstes Gesicht gezeigt. Seit Tagen anhaltende Raketenangriffe und eine noch nie da gewesene Infiltration schwer bewaffneter Terroristen, die gezielt israelische Zivilisten ins Fadenkreuz nehmen, haben zu mehr als 1300 Toten geführt. Mehrere Tausend Israelis wurden verletzt, über 150 Männer, Frauen und Kinder von den Terroristen verschleppt. Die Bilder, die uns aus Israel in den letzten Tagen erreicht haben, sind abscheulich. Sie erinnern nicht nur an die furchtbaren Gräueltaten der Terrororganisation Islamischer Staat. Sie erschüttern auch auf furchtbare Art und Weise unser gemeinsames Bekenntnis „Niemals wieder“.

Während das Engagement Österreichs darauf ausgerichtet ist, die Grundbedürfnisse der Menschen zu decken und Perspektiven für die palästinensische Bevölkerung in Gaza zu schaffen, schrecken die Anführer der Hamas nicht davor zurück, ihr eigenes Volk in Geiselschaft zu nehmen. Während es für die barbarischen Angriffe auf Israel nicht an modernen Waffen und Ausrüstung mangelt, fehlt es der Zivilbevölkerung am Notwendigsten. Es herrscht ein eklatanter Mangel an Wasser, Lebensmitteln und medizinischer Versorgung. Junge Menschen wachsen ohne Perspektive, dafür in einem Klima von Extremismus und Hass auf. Nicht nur die über 150 entführten israelischen und ausländi-

schen Staatsangehörigen, sondern auch die Menschen in Gaza werden von der Hamas als menschliche Schutzschilde missbraucht. Der Tod von Zivilisten wird dabei nicht nur in Kauf genommen, sondern schlicht provoziert.

Das Schweigen der palästinensischen Autonomiebehörde ist vielsagend. Dass sich die politische Führung nicht vom menschenverachtenden Terror distanzieren will und die Schuld für die brutalen Angriffe bei Israel sieht, ist eine perfide Täter-Opfer-Umkehr.

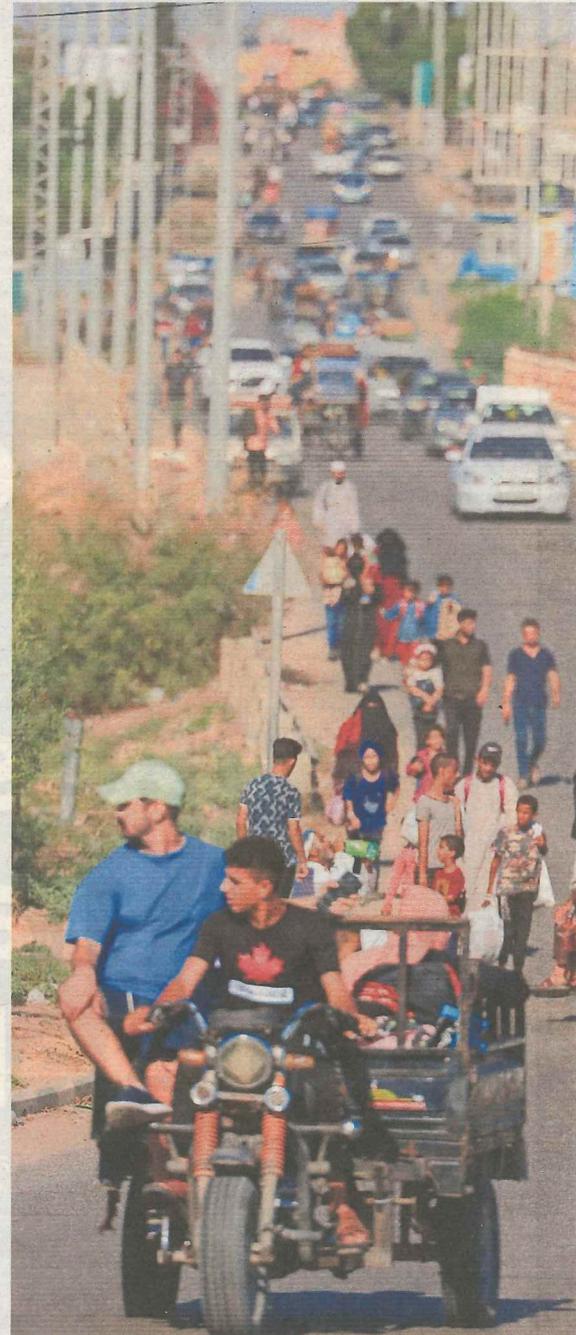
Die Zäsur der letzten Woche macht es notwendig, das Engagement der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in der Region auf den Prüfstand zu stellen. Deutschland, Dänemark, Schweden und die Europäische Kommission haben ebenfalls Überprüfungsmaßnahmen eingeleitet. Denn eines steht außer Zweifel: Österreichisches Steuergeld soll einem nachhaltigen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern dienen. Es ist daher nur folgerichtig, dass Außenminister Schallenberg in Auftrag gegeben hat, alle österreichischen Entwicklungsgelder an Palästina einer gründlichen, ergebnisoffenen Prüfung zu unterziehen. Eine solche Prüfung bedingt, dass bis zu deren Abschluss alle Zahlungen eingefroren werden. Dadurch wird sichergestellt, dass unser Engagement für die Menschen in Palästina und unser Kampf gegen Terrorismus, Extremismus und Antisemitismus in Einklang stehen.



Zur Person

Peter Huber ist Karrierediplomat und leitet seit Sommer 2022 die Sektion für Entwicklung im österreichischen Außenministerium. Davor war er Botschafter in Berlin und in Madrid.

BMEIA



AFP

FORUM WWW.KLEINEZEITUNG.AT
Ist es richtig, dass die Hilfsgelder für Palästina eingefroren werden?

Der brutale Angriff der Hamas auf Israel mit mehr als tausend Toten hat den Nahen Osten ins Chaos gestürzt. Der islamistischen Terrorgruppe untersteht aber auch die zivile Verwaltung des Gazastreifens.

Ja Nein

NEIN Strenge Überwachungsmechanismen sind schon jetzt in Kraft und verhindern die missbräuchliche Verwendung.



Zur Person

Lukas Wank ist Geschäftsführer der AG Globale Verantwortung, dem Dachverband 33 österreichischer entwicklungspolitischer und humanitärer NGOs. Die Mitglieder führen jährlich 1000 Projekte in 120 Ländern durch.

A. BRUCKNER

Menschen, die in oft langanhaltenden Krisen um ihr Überleben kämpfen, sind auf verschiedene Formen von Hilfe angewiesen. Dazu gehören einerseits humanitäre Hilfsmaßnahmen, wie die Bereitstellung von Lebensmittel-, Wasser- und medizinischer Versorgung, sanitären Einrichtungen und Unterkünften für sie und ihre Familien. Gleichzeitig benötigen diese Menschen Unterstützung, die Armut bekämpft, Stabilität fördert, rechtsstaatliche und demokratische Strukturen aufbaut und letztendlich langfristige Perspektiven auf Frieden sichert. Entwicklungszusammenarbeit (EZA) spielt dabei eine entscheidende Rolle, weshalb die österreichische Regierung in ihren entwicklungspolitischen Dokumenten auf ihr wichtiges Zusammenspiel mit humanitärer Hilfe verweist.

Seit vielen Jahren sind auch die palästinensischen Gebiete Schwerpunkt der österreichischen EZA. Obwohl die Regierung vorübergehend die Mittel eingefroren hat, um ihre indirekte Verwendung im Zusammenhang mit Terrorismus zu überprüfen, sind strenge Überwachungsmechanismen und Kontrollen der Behörden bereits in Kraft. Sie stellen sicher, dass Gelder nicht missbräuchlich verwendet werden. Jährliche externe Wirtschaftsprüfungen, die enge Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und Finanztransaktionen über regulierte Kanäle sind Grundpfeiler der Arbeit hilfe-

leistender Nichtregierungsorganisationen. Viele von ihnen arbeiten nach strengen Anti-Korruptionsrichtlinien und tragen das Österreichische Spendengütesiegel, das klare Anti-Terrorismusfinanzierungskriterien vorschreibt.

In der aktuellen Debatte geht es um einen Beitrag von 19 Mio. Euro für den Zeitraum von 2020 bis 2025. Bisher haben alle Projekte im Gazastreifen und Westjordanland zusammengerechnet zwischen 4,7 und 6,4 Mio. Euro pro Jahr erhalten. Diese Gelder unterstützen diejenigen, die am meisten unter der Gewalt leiden, insbesondere Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen. Erhalten Frauen und junge Menschen bessere Arbeitsmarkt- sowie Bildungschancen und haben Menschen Zukunftsperspektiven, verringert sich das Risiko einer Radikalisierung. Der Wert für die Gesellschaft: Kinder können lernen, Frauen Unternehmen gründen und Familien essen.

Daher ist es wichtig, dass Österreich die humanitäre Hilfe im Nahen Osten unterstützt und die zusätzliche Prüfung betroffener Projekte schnellstmöglich abschließt. Dies unterstreicht den Wert, den eine reibungslose Fortführung der österreichischen Hilfe in dieser Region hat. Denn wenn zivilgesellschaftliche Strukturen einmal zusammenbrechen, sind die Menschen, denen Österreich schon lange ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, kaum noch erreichbar.

99

Worte der Woche

Wir dürfen nicht schweigen, wenn erneut Juden zum Opfer fallen.

Bundespräsident

Alexander Van der Bellen

Ich denke, sie sollen auf die Straße gehen. Sie sollten schreien: „Free Gaza from Hamas.“

Befreit den Gazastreifen von Terrorismus“.

David Roet, designerter Botschafter Israels in

Österreich, zur Verbotsfrage von Demos

Ich will keine Zustände wie in den USA, wo eine fundamentalistische, radikalisierte Rechte das Land ins Chaos stürzt, bis hin zum Sturz von Parlamenten.

Sozialminister Johannes Rauch (Grüne) will ein anderes Europa

Mir geht es unheimlich auf die Nerven von manchen als Linker tituiert zu werden, weil ich dafür eintrete, dass Frauen und Kinder nicht im Mittelmeer ertrinken.

ÖVP-Politiker Othmar Karas sieht sich falsch eingeordnet

Überraschend ist jedenfalls, dass die Gremienstruktur seit Jahrzehnten im Wesentlichen unverändert ist, und dies jetzt mit einem Mal verfassungswidrig ist.

Medienministerin Susanne Raab (ÖVP), beim ORF vom Verfassungsgericht kalt erwischt



QR-Code

scannen und mitdiskutieren.